

NEIN zur Verfassungsinitiative «Bildungsvielfalt»: Die Zusammenarbeit von Kantonalkonferenz, vpod und LVB steht

Dass diese Initiative dem Bildungswesen nicht weiterhilft, ist unterdessen dargelegt.

Unabhängig von den sachlichen Gründen, die eine solche Schulentwicklung verbieten, liesse sich das Anliegen der Initiative auch aus organisatorischen Gründen vernünftig nicht mit einer Verfassungsänderung starten:

Solange Voraussetzungen, Aufwand und Konsequenzen auch nicht ansatzweise ermittelt sind, kann sich kein verantwortlicher Planer auf ein solches Himmelfahrtskommando einlassen.

In der konsequenten Ablehnung dieses Vorhabens kann sich der LVB aufgrund seiner Internetumfrage bei den Mitgliedern des Verbands auf

eine gigantische Zustimmung stützen.

Unterdessen ist die Zusammenarbeit der Lehrerorganisationen angelaufen. Amtliche Kantonalkonferenz, vpod und LVB werden die Abwehr gemeinsam betreiben. Die Grundlage wird eine Vereinbarung bilden, auf deren Basis dann gemeinsame Aktionen, aber auch abgesprochene Einzelaktionen der drei Organisationen stattfinden werden.

Dabei stützen wir uns auf unsere Erfahrungen mit Initiativen und Abstimmungen von

- 1989 (Arbeitszeitverkürzung),
- 1996 (Kommunalisierungsinitiative) und
- 1998 (Gymverkürzung).

Diesem auch handwerklich unsinnigen Versuch, das gesamte Schulwesen aus den Angeln zu heben, muss grösste Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Aber dieser Kampf gewinnt sich nicht von selber; vielmehr braucht es in naher Zukunft das Zusammenwirken aller Kräfte, die an einer Weiterentwicklung der guten Schule Baselland interessiert sind.

Bitte unterstützen Sie uns dabei!

